

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

## Aufforderung zum politischen Kurswechsel

MIT IHREM Antritt zur Wahl als SPD-Ministerpräsidentin in Hessen „stellt Andrea Ypsilanti die Partei (für den Fall ihrer Wahl oder auch Nichtwahl) zwischen Pest und Cholera“; sie beschädige die gesamte SPD schwer.

Warum diese erneute politische Breitside der beiden SPD-Minister in der Großen Koalition und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, Steinmeier/Steinbrück, gegen die Entscheidung der hessischen SPD unter Andrea Ypsilanti, endlich den demokratischen Wählerauftrag für den Politik- und Regierungswechsel zu erfüllen; endlich Schluss zu machen mit der Regierung Koch, und eine SPD-geführte Regierung mit der Ministerpräsidentin Andrea Ypsilanti durchzusetzen?

Warum dieses schwere Geschütz gegen eine Andrea Ypsilanti und SPD-Regierung, die für die Politik der „Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten“ antritt?

Steinmeier/Steinbrück sind entschiedene Verfechter der Fortsetzung der Politik der Agenda 2010 um jeden Preis, entsprechend den EU-Geboten – so sind sie ebenso entschiedene Gegner von Andrea Ypsilanti und des von Kurt Beck auf dem Hamburger Parteitag eröffneten Wegs der Neuorientierung der SPD für mehr soziale Gerechtigkeit.

Für ihren Kurs soll Steinmeier zum Kanzlerkandidaten der SPD gekürt werden, dafür müssen Kurt Beck und Andrea Ypsilanti demontiert werden.

Fortsetzung der Agenda 2010-Politik?

In einer Situation, wo selbst die Kanzlerin Merkel mahnt, dass die Bürger nicht den Glauben an den Zusammenhalt der Gesellschaft verlieren dürfen: „Wenn das nicht mehr funktioniert, fliegt uns der ganze Laden auseinander.“

Denn die durch die Agenda-Politik genährte soziale und politische Katastrophe der Gesellschaft und der SPD, treibt die ArbeitnehmerInnen und Jugend und ihre Gewerkschaften in die Erhebung gegen Arbeitsplatzverlust, Lohnraub und

Massenverarmung; provoziert politischen Widerstand aus der SPD.

„Die Zahlen sind bestürzend (...). Die Spaltung der Gesellschaft in viele Verlierer und wenige Gewinner hat ein Ausmaß erreicht, das noch vor kurzem undenkbar schien“, kommentiert der »Tagesspiegel« vom 27. 8. 08 die Bilanz der Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition/Schröder: Für ein Viertel der deutschen Arbeitnehmer sind die Realeinkommen um fast 14% gesunken – während die Unternehmensgewinne explosionsartig um 25% gestiegen sind.

Die „Zeitarbeit, eine Form moderner Sklaverei“ (DGB-Vors. Sommer) ist zu einem Massenphänomen geworden. Ganze Branchen sind heute tariffreie Zonen, denn Hartz IV zwingt zur Aufnahme jedes Jobs zu Hungerlöhnen.

„Wir sind auf dem Weg in einen neuen ungezügelter Kapitalismus weit vorangeschritten ... Einen Suppenküchen- und Almosenstaat (...) werden die Gewerkschafter aber niemals akzeptieren,“ warnt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Doch selbst um den Preis der Zerstörung der SPD und des sozialen Verfalls des Landes wollen Steinmeier/Steinbrück stur weiter machen.

Die Privatisierung der großen Staatskonzerne des Öffentlichen Dienstes hat schon 10.000e Beschäftigte in Dumping-Jobs gezwungen. Jetzt stehen bei der zur Privatisierung freigegebenen Bahn Ausgliederungen in „Billigtöchter“ zu Dumpinglöhnen, ohne Tarifvertrag und ohne Gewerkschaften auf dem Plan. Weitere 1000e Beschäftigte bei der von Steinbrück an den Investor Blackstone verscherten Telekom droht Arbeitsplatz- und Lohnverlust, damit die Rendite stimmt.

Im Namen der „Sicherung des Finanzstandorts Deutschland“ hat Steinbrück aus den öffentlichen Kassen fast 10 Milliarden Euro geraubt und sie für die Sicherung der Rendite des Finanzkapitals in die Mittelstandsbank IKB gepumpt, um diese jetzt

dem Finanzinvestor und Spekulanten Lone Star für etwas mehr als 100 Millionen Euro zuzuschustern, bei Haftung des Bundes (des Steuerzahlers) für weitere Verluste. Die Politik der hemmungslosen Entfesselung der Spekulation und immer neue Steuerersenkungsprogramme für die Reichen, Banken und Unternehmer in Milliardenhöhe bluten die öffentlichen Haushalte aus.

Die Gewerkschaften wenden sich mit einer alarmierenden Studie an die Öffentlichkeit: das deutsche Bildungswesen ist „chronisch unterfinanziert“, den Krankenhäusern fehlen 50 Mrd. Euro.

Die Gewerkschaften fordern dringlichst für die Kitas, Schulen und Unis 30 Mrd. Euro jährlich, um Lehrer und Betreuer einzustellen oder einfach nur Lehrmaterial zu kaufen.

Ver.di organisiert am 25. 9. eine bundesweite Großdemonstration zur Rettung der Krankenhäuser und für die Einstellung von ausreichendem Personal für eine gute Krankenversorgung.

Metaller demonstrieren gegen die soziale Ungerechtigkeit und fordern jetzt 7-8% Lohnerhöhungen zur Verteidigung ihrer Kaufkraft.

Es ist ein „gefährlicher Irrweg, die Finanzierung der großen Lebensrisiken zu privatisieren“, warnt Sommer. Die sozialen Verarmung durch Hartz IV und die Demontage der sozialen Sicherungssysteme sind nicht zu akzeptieren.

Die Gewerkschaften klagen das „unmenschliche Rentenkürzungsprogramm“ (IG-BAU-Vorsitzender Wiesehügel) an und fordern die Rücknahme der Rente mit 67.

Das Verbot von Lohndumping in jeder Form und Respektierung verbindlicher gewerkschaftlicher Flächentarifverträge, wird wiederholt von der AfA als dringlich eingefordert.

Ist es nicht notwendig, dass sich die SPD auf diese dringendsten Maßnahmen zur Wiederherstellung sozialstaatlicher

(Forts. auf S. 2 links)

## Afghanistan, Irak, Pakistan, Kaukasus...

### Der „Krieg ohne Ende“: Das amerikanische Volk, alle Völker wollen ihn nicht

In Afghanistan, im Irak, in Pakistan, im Kaukasus... überall führt die gleiche Politik des „grenzenlosen Krieges“ ins Chaos. – Ein Pressespiegel.

„Wenn sich die Situation nicht schnell ändert, könnte dies das Schicksalsjahr des Krieges in Afghanistan werden (...). Es müssen noch mehr amerikanische Bodentruppen dorthin entsendet werden (...). Europa hat nicht so viele Bodentruppen zur Verfügung. Doch es muss seine besten Bataillone nach Afghanistan in den Kampf schicken.“ Mit diesen Worten fasst der Leitartikel der »International Herald Tribune« (22. August) die Anforderungen Washingtons zusammen.

Zu Pakistan, wo die Amerikaner den General Musharraf fallen ließen und zum Rücktritt zwangen, notiert die »Financial Times« (19. August), dass „die (neue) Regierung und die Armee das Mittel der Zusammenarbeit mit den USA finden müssen, ohne sich von den Millionen Pakistanern zu entfremden“.

„Zusammenarbeit“?

Auch hier hat das für Washington nur eine Bedeutung: „Pakistan muss seine Elitetruppen in die Grenzregionen zu Afghanistan entsenden“ (»International Herald Tribune«, 20. August).

#### Die Vertreibung von fast 120.000 Flüchtlingen im Kaukasus

Der Konflikt im Kaukasus, der zur Vertreibung von fast 120.000 Flüchtlingen geführt hat, ist noch lange nicht beendet. Unter dem Deckmantel „humanitärer Hilfe“ „ist ein erstes US-Kriegsschiff in der Region angekommen“ (AFP, Montag, den 25. August), während „das Oberhaus des russischen Parlaments eine Resolution verabschiedet hat, die die Unabhängigkeit der separatistischen georgischen Regionen von Südossetien und Abchasien anerkennt“ (Reuters). Das ist eine Antwort auf die immer stärkere Einkreisung Russlands durch die NATO, zu der auch Polens Zustimmung für eine Raketenbasis gehört.

Bundeskanzlerin Merkel nannte die russische Anerkennung Südossetiens „absolut nicht akzeptabel“. Das erfordere eine Reaktion. Vom EU-Gipfel solle, so Merkel, ein Signal ausgehen, dass die EU beim Wiederaufbau auf der Seite Georgiens stehe.

In einem jüngsten Bericht des US-Verteidigungsministeriums namens »Nationale Verteidigungsstrategie – 2008« heißt es:

„Der Erfolg im Irak und Iran (...) wird nicht von sich aus den Sieg bedeuten. Wir müssen uns auf einen bewaffneten Kampf, auf einen Krieg der Ideen vorbereiten (...).

#### Aus dem Inhalt

**HESSISCHE SPD entscheidet für die Bildung einer SPD-Regierung mit Andrea Ypsilanti für den politischen Wechsel**

**Zu den Oberbürgermeister-Wahlen in DÜSSELDORF**

**Krankenhausbeschäftigte in ganz Deutschland kämpfen gegen die Zerstörung der Krankenhäuser**

**Präsidentenwahlen in den USA: Unabhängige Kandidatur der schwarzen Bevölkerung**

Gemeinsam mit unseren Partnern müssen wir ein langfristiges Engagement aufrecht erhalten, um die Unterstützerquellen für die extremistischen Gruppen auszuhöhlen und zu reduzieren, und um uns gegen die totalitären ideologischen Botschaften, auf denen sie aufbauen, zu wenden.“

Kann es eine Zukunft für die Völker, auch für das amerikanische Volk, geben, ohne den Bruch mit der Politik des „grenzenlosen Krieges“ von Bush, der wie ein zündelnder Feuerwehrmann seine eigene Krise zu lösen sucht, indem er überall neue Brände legt? – c.b.

#### ...Kurswechsel (Forts. v. S. 1)

Errungenschaften verpflichtet?

Und dass als erstes Andrea Ypsilanti und die hessische SPD in ihrem Kampf für eine SPD-geführte Regierung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit die volle Unterstützung der gesamten SPD findet?

Heute, während dieser Artikel geschrieben wird, erfahren wir von der Forderung einer Gruppe von 60 SozialdemokratInnen

nach einem politischen Kurswechsel der SPD, nach Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen die Schäden, die die Agenda-Politik angerichtet hat.

Wir wenden uns an die ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, die Mitglieder der SPD und AfA-GenossInnen:

solche Bestrebungen und Forderungen zu unterstützen, und durch die Vereinigung aller Bemühungen in einer Kampagne für einen SPD-Parteitag des politischen Kurswechsels für wirkliche „Kor-

rekturen sozialer Ungerechtigkeiten“ zu stärken.

Denn damit wird der SPD-Parteitag die Perspektive des Aufbruchs aus der sozialen und politischen Misere der Gesellschaft und der SPD eröffnen und eine offensive sozialdemokratische Grundlage geben für den Kampf des Kanzlerkandidaten der SPD, des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, für die Rückeroberung der SPD-Regierungsführung auf Bundesebene.

CARLA BOULBOULLÉ

**IMPRESSUM:** Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbände (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der „Europäischen Arbeitnehmerverbände“ veröffentlicht.

**NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 11. 9. 2008**

**Redaktionsadresse:**

Soziale Politik & Demokratie  
Postfach 120 755; 10597 Berlin  
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62  
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie  
@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilun-

gen bitte an diese Adresse schicken. / [www.soziale-politik-und-demokratie.de](http://www.soziale-politik-und-demokratie.de)

**Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:**

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernicke, Axel Zutz

**HerausgeberInnen:**

Brandenburg: Bodo Fast

Nordrhein-Westfalen:

Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schöo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:

Lothar Hesse

Sachsen:

Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:

Axel Bachner

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

**Hessen:**

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg: Michael Futterer

**Druck:** gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € (bzw. 2,50 € Monatsrate) bezogen werden.

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,  
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé  
Postfach 120 755; 10597 Berlin